

- 2 **Rente** Ein kleiner, aber richtiger Schritt
- 3 **Mitbestimmung** Große Lücken
- 4 **Junge Beschäftigte** Fast jede zweite neue Stelle befristet
- 5 **Medizin** Mehr Technik heißt nicht weniger Arbeit
- 6 **Einkommen** Mindestlohn entfaltet breite Wirkung
- 7 **Konjunktur** Wirtschaftspolitische Zeitenwende nötig

KRANKENSTAND

Ungesunde Arbeitsbedingungen

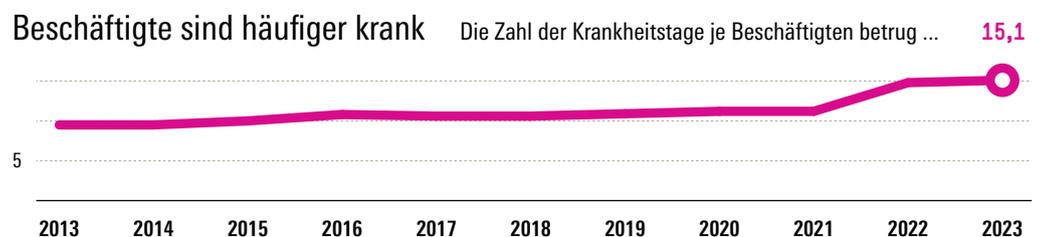
Dass die Fehlzeiten zunehmen, hängt auch mit betrieblichen Missständen und der demografischen Entwicklung zusammen.

Der nächste deutliche Anstieg der Covid-Infektionszahlen ist schon in Sicht – und das in einer Situation, in der Fehlzeiten unter Beschäftigten ohnehin ungewöhnlich hoch sind, wie etliche Krankenkassen vermelden. Laut einer Analyse der WSI-Forscherin Elke Ahlers sind dafür unter anderem belastende Arbeitsbedingungen, Personalmangel, zu wenig betriebliche Prävention, eine höhere Erwerbsquote älterer Beschäftigter und Veränderungen an der Statistik verantwortlich.

„In manchen Medien wird angesichts höherer Fehlzeiten suggeriert, dass Beschäftigte bei Erkrankungen schneller zu Hause bleiben oder gar krankfeiern. Dahinter, so der Verdacht, stehe geringere Leistungsbereitschaft“, sagt WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch. „Es mag Einzelfälle geben, aber als grundsätzliche Erklärungsansätze sind solche Verkürzungen gefährlich, weil sie den Blick auf die wirklich relevanten Ursachen verstellen.“

Seit den Corona-Jahren befinden sich die Krankenstände in Deutschland im Aufwärtstrend und liegen nun auf einem im historischen Vergleich hohen Niveau. Als Erklärung verweist Ahlers auf Fachkräfteengpässe, die auf zwei Ebenen eine Rolle spielen: Die Angst, den Job zu verlieren, und damit der Druck, krank zur Arbeit zu gehen, sei weniger ausgeprägt. Stärker dürfte sich aber auswirken, dass sich wegen des fehlenden Personals hektische und erschöpfende Arbeitsbedingungen ausbreiten. In vielen Betrieben komme es zu Arbeitsverdichtung, Multitasking und Mehrarbeit. Pausen würden eingeschränkt und der Feierabend sei nicht mehr sicher. Viele Beschäftigte könnten abends schlechter von der Arbeit abschalten. „Das alles wirkt sich auf die Arbeitszufriedenheit, auf das Betriebsklima und letztendlich auf die Gesundheit aus.“

Für Eltern kleinerer Kinder würden solche Belastungen noch durch den Mangel an Kita-Plätzen sowie Verkürzungen oder Ausfälle der Betreuung verschärft, heißt es in der Analyse. Ahlers weist zudem darauf hin, dass die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen erheblich gestiegen ist. Das sei zwar in vielerlei Hinsicht zu begrüßen, wirke sich aber auch auf den Krankenstand aus, weil krankheitsbedingte Fehlzeiten mit steigendem Alter zunehmen. Als weiteren,



Quelle: Destatis 2024

Hans Böckler
Stiftung

oft übersehenen Faktor nennt die WSI-Expertin das geänderte digitalisierte Verfahren bei der Erfassung und Weiterleitung von Krankmeldungen. Weil die Krankenkassen alle Krankmeldungen automatisiert erhalten, wird eine jahrelange Untererfassung korrigiert.

Statt sich über eine vermeintlich weniger leistungsbereite arbeitende Bevölkerung zu beklagen, müsse an den relevanten Ursachen der hohen Fehlzeiten angesetzt werden, sagt die WSI-Gesundheitsexpertin. In eigenen Studien hat sie herausgearbeitet, dass vor allem ein wirkungsvoller Schutz vor Überlastung vielfach noch zu kurz kommt. Personalverantwortliche seien dringend gefordert, den Beschäftigten gute und faire Arbeitsbedingungen zu bieten, um den hohen Fehlzeiten entgegenzuwirken. Einseitige Schuldzuweisungen brächten hingegen nur eines: noch mehr Druck und Stress. <

Quelle: Elke Ahlers: Was erklärt den hohen Krankenstand in den Betrieben?
WSI Kommentar Nr. 3, September 2024 [Link zur Studie](#)

Ein kleiner, aber richtiger Schritt

Die geplante Stabilisierung des Rentenniveaus wirkt einer Erosion der Alterssicherung entgegen und kommt auch künftigen Generationen von Rentnerinnen und Rentnern zugute.

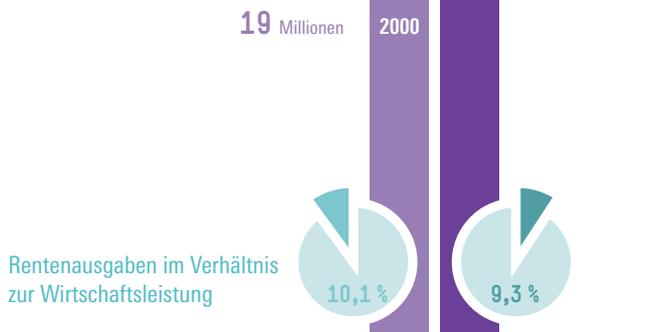
Die Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus bei 48 Prozent bis 2040 als Teil des Rentenpakets II ist ein richtiger, wenn auch kleiner Schritt hin zu einer zukunftsfähigen Alterssicherung. Zu diesem Schluss kommt eine Analyse des WSI. Davon profitieren nicht nur heutige Rentnerinnen und Rentner, sondern auch junge Beitragszahlende, die später selbst mit höheren Renten rechnen können, so WSI-Rentenexperte Florian Blank. Erstmals seit mehr als 20 Jahren sollte die gesetzliche Rente wieder umfassend und dauerhaft gestärkt werden. Damit bestehe die Möglichkeit, die Erosion der „wichtigsten Einrichtung der Alterssicherung in Deutschland“ zu stoppen. Die Stabilisierung bei 48 Prozent würde außerdem helfen, die Altersarmut in den kommenden Jahrzehnten etwas zu reduzieren.

„Der große Irrtum in vielen Debatten um die Alterssicherung während der vergangenen zweieinhalb Jahrzehnte war, dass Altersvorsorge billiger und zukunftsfester wird, wenn man das gesetzliche Umlagesystem schwächt und

Rentenzahlungen bleiben zurück

So entwickelten sich die ...

Zahl der Rentenbeziehenden



Quelle: WSI 2024

Hans Böckler
Stiftung

im Gegenzug die Versicherten privat sparen lässt, mit staatlicher Subventionierung“, sagt Blank. „Mehr und mehr ist aber deutlich geworden, dass die öffentliche Rentenversicherung ein flexibles, effizientes und stabiles Instrument ist, das verschiedenste Lebenslagen absichern kann. Ohne geht es nicht. Das Rentenpaket II trägt dieser Erfahrung mit der Stabilisierung des Leistungsniveaus Rechnung.“

„Wie bei vielen Fragen der Sozialpolitik werden auch bei der Diskussion um die Alterssicherung oft Sachverhalte zugespitzt und Behauptungen aufgestellt, die sich als verkürzt oder falsch erweisen“, erläutert Bettina Kohlrausch, die wissenschaftliche Direktorin des WSI. „Wir wollen mit Analysen zur Sozialpolitik zu einer faktenbasierten Diskussion beitragen.“ Einige Eckpunkte der aktuellen WSI-Expertise:

§ Die Alterssicherung ist durch die zurückliegenden Absenkungen des gesetzlichen Rentenniveaus nicht billiger ge-

worden, dafür aber weniger transparent. Das öffentliche System der Rentenversicherung wurde tendenziell verkleinert, freiwillige private Absicherung, etwa durch die Riester-Rente, sollte die entstehende Lücke schließen – mit erheblichen Kosten: Beschäftigte, die wie von der Politik vorgesehen privat vorsorgen, müssen dafür vier Prozent ihres Bruttoeinkommens aufwenden – was insbesondere Menschen mit geringen Einkommen oft nicht tun können, trotz teurer staatlicher Subventionierung.

§ Die These „Beitragszahlungen lohnen sich nicht, da Beitragszahlende ohnehin nur Grundsicherung bekommen werden“, ist falsch. Zwar ist die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter in den vergangenen Jahren auf knapp vier Prozent gestiegen. Das hat aber verschiedene Gründe, vor allem ist das System durch die Einführung der Grundrente und damit verbunden eines neuen Freibetrags „großzügiger“ geworden und hilft mehr Menschen mit sehr niedriger Rente als zuvor bei der Finanzierung ihres Alltags.

§ Die Stabilisierung des Rentenniveaus durch das Rentenpaket II verbessert zudem auch für Beschäftigte im unteren Einkommensbereich oder mit Lücken in der Erwerbsbiografie die Aussicht auf eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus. Forschende des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung kommen in Simulationsrechnungen zu dem Ergebnis, dass die Festschreibung bei 48 Prozent im Zeitraum bis 2040 zu einer sinkenden Armutsquote unter Älteren führen wird.

§ Zwar wird der Beitragssatz der gesetzlichen Rente durch den demografischen Wandel in den kommenden Jahren voraussichtlich steigen. Allerdings geschieht das von einem sehr niedrigen Niveau aus. Mit aktuell 18,6 Prozent ist der Beitragssatz heute um 1,3 Prozentpunkte niedriger als Mitte der 2000er-Jahre.

§ Die Zahlungen aus dem Bundeshaushalt an die Rentenversicherung steigen zwar in absoluten Zahlen. Werden sie aber in Relation zu den Ausgaben der Rentenversicherung oder zum Bundeshaushalt gesetzt, zeigt sich Stabilität.

§ Der „Altenquotient“, der das zahlenmäßige Verhältnis der Personen im Rentenalter zu den Personen im erwerbsfähigen Alter abbildet, wird in den kommenden Jahrzehnten steigen. Allerdings wird der Anstieg geringer ausfallen als etwa zwischen 1990 und 2010. Schaut man auf das aussagekräftigere Verhältnis zwischen Beitragszahlenden und Rentenbeziehenden, ist die prognostizierte Entwicklung noch weniger dramatisch. Zudem, so Blank, gebe es erhebliche Potenziale, die Relation weiter zu verbessern, etwa durch höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, Älteren sowie Migrantinnen und Migranten. <

Quelle: Florian Blank: Rentenpolitik und das Rentenpaket II – Fakten und Argumente. WSI Policy Brief Nr. 84, September 2024 [Link zur Studie](#)

Große Lücken

Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung stehen weiter unter Druck – obwohl sie ein gutes Mittel gegen Personalmangel wären.

Das deutsche System der Arbeitsbeziehungen dünnt an zentraler Stelle aus: „Sowohl die Tarifbindung als auch die betriebliche Interessenvertretung haben in den letzten Jahren schleichend, aber kontinuierlich an Reichweite eingebüßt“, heißt es in einer Studie, die Christian Hohendanner und Susanne Kohaut vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) veröffentlicht haben. Ihrer Auswertung zufolge ist der Anteil der Beschäftigten, die in branchentarifgebundenen Betrieben arbeiten, seit 1996 um 25 Prozentpunkte gesunken, auch wenn er sich zuletzt immerhin in Westdeutschland etwas stabilisiert hat. 2023 waren rund 42 Prozent der Beschäftigten in Betrieben mit Branchentarifvertrag tätig, 8 Prozent in Firmen mit Haustarif, während für knapp 51 Prozent überhaupt kein Tarifvertrag galt. Der Deckungsgrad steigt tendenziell mit der Betriebsgröße und ist im Westen höher als im Osten.

Von den Beschäftigten ohne Tarifvertrag war zwar gut die Hälfte für Arbeitgeber tätig, die sich nach eigener Aussage am Flächentarif „orientieren“. Allerdings erstreckt sich diese Orientierung nur zum Teil auf alle relevanten Punkte wie zum Beispiel Weihnachtsgeld, Arbeitszeiten oder Urlaubsdauer. Untersuchungen des WSI kommen zu dem Ergebnis, dass etwa die Bezahlung in solchen Betrieben im Schnitt deutlich unter dem Tarifniveau liegt.

Anspruch auf einen Betriebs- oder Personalrat haben laut Hohendanner und Kohaut die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, da nur sieben Prozent in Kleinbetrieben mit weniger als fünf Beschäftigten arbeiten. Tatsächlich waren 2023 aber nur 41 Prozent in mitbestimmten Betrieben tätig, zwei Prozentpunkte weniger als 2022. Auch hier steigt der Anteil mit der Betriebsgröße und fällt in Westdeutschland höher aus. Alles in allem sind „blinde Flecken“ in den Arbeitsbeziehungen mittlerweile weit verbreitet: 42 Prozent aller Beschäftigten arbeiten in Betrieben, die weder tarifgebunden noch mitbestimmt sind.

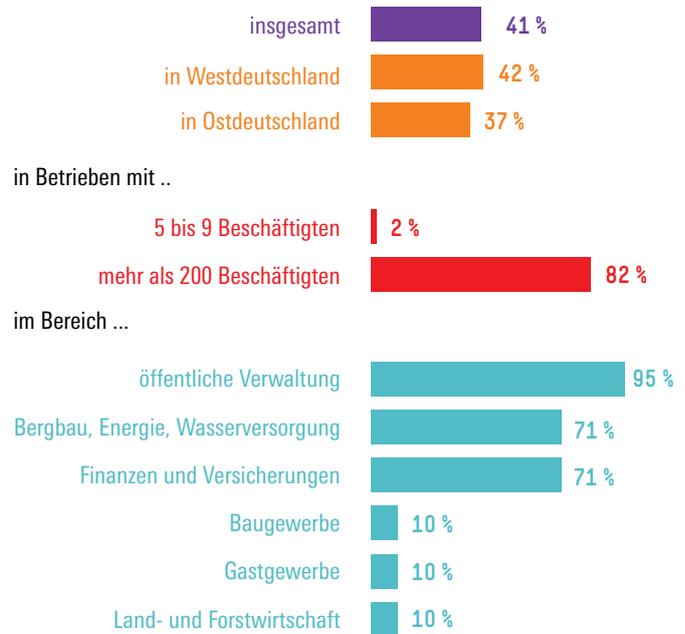
Trotzdem, so die IAB-Forschenden, spielten diese Institutionen nach wie vor eine wichtige Rolle: „Sie tragen dazu

bei, dass Deutschland im Großen und Ganzen auch künftig ein Land mit relativ hohem Lohnniveau bleiben wird.“ Aus Sicht der Unternehmen könnten sie dabei helfen, im zunehmenden Wettbewerb um Arbeitskräfte zu bestehen: Studien hätten unter anderem gezeigt, dass in mitbestimmten Betrieben die Produktivität höher und die Personalfuktuation niedriger ist. <

Quelle: Christian Hohendanner, Susanne Kohaut: Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2023, WSI-Mitteilungen 4/2024

Wo Beschäftigte mitreden

Einen Betriebs- oder Personalrat hatten 2023 von den Beschäftigten ...

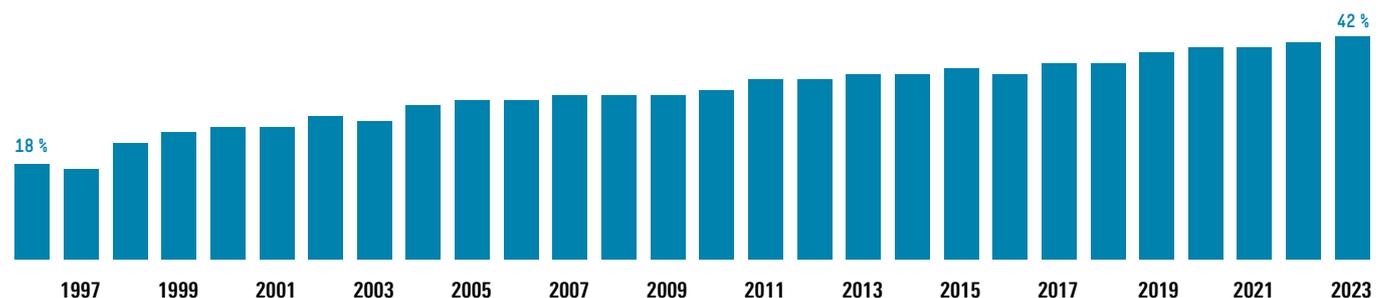


Quelle: Hohendanner, Kohaut 2024

Hans Böckler Stiftung

Blinde Flecken nehmen zu

In Betrieben, die weder tarifgebunden noch mitbestimmt sind, arbeiteten von den Beschäftigten ...



Quelle: Hohendanner, Kohaut 2024

Hans Böckler Stiftung

Fast jede zweite neue Stelle befristet

Trotz eines Rückgangs in den letzten Jahren sind immer noch knapp 40 Prozent der Neueinstellungen befristet, bei jungen Beschäftigten sogar fast die Hälfte.

37,8 Prozent aller neu eingestellten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhielten Ende 2023 zunächst nur einen befristeten Arbeitsvertrag. In der Altersgruppe der unter 25-Jährigen war sogar fast jede zweite Neueinstellung befristet. Immerhin sinkt die Quote langsam: Gegen Ende der Coronakrise im vierten Quartal 2021 betrug der Anteil befristeter Verträge an allen Neueinstellungen noch 42 Prozent. Je nach Region und Branche gibt es große Unterschiede. Das zeigt eine Analyse von Eric Seils und Helge Emmler vom WSI, die auf den jüngsten verfügbaren Daten der Bundesagentur für Arbeit von Ende 2023 basiert.

„Nach wie vor sind viele Arbeitgeber der Meinung, Beschäftigte einfach mal unverbindlich ‚ausprobieren‘ zu können. Insbesondere junge Menschen beim Einstieg ins Berufsleben erleben so problematische Phasen der Unsicherheit, die den Blick auf die Arbeitswelt auch über längere Zeiträume prägen können“, ordnet Bettina Kohlrausch, wissenschaftliche Direktorin des WSI, die Ergebnisse ein. „Dabei sticht unter anderem der Wissenschaftsbereich besonders negativ heraus. Generell gilt: Man kann nicht einerseits über Arbeitskräftemangel und Brain-Drain klagen und andererseits nach wie vor fast vier von zehn Neuanstellungen nur befristet vornehmen.“

Den bundesweit höchsten Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse weist mit 62,5 Prozent die Universitätsstadt Heidelberg mit ihrem großen Universitätsklinikum auf. Dicht gefolgt von Köln, wo die Medien- und Werbebranche ein erhebliches Gewicht hat und zuletzt 62,2 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Neueinstellungen befristet waren. An dritter Stelle folgt Potsdam mit 59 Prozent, was nicht zuletzt auf die dort ansässige Filmindustrie zurückzuführen sein dürfte. Den geringsten Anteil befristeter Neueinstellungen haben Landkreise wie Tirschenreuth mit 16,8 Prozent, Neustadt an der Weinstraße mit 17,5 Prozent und Coburg mit 19 Prozent.

Mit Ausbildung seltener befristet

Betrachtet man die Qualifikation, so müssen sich 50,2 Prozent der Beschäftigten ohne Ausbildungsabschluss mit einem befristeten Vertrag begnügen, wenn sie eine neue Stelle antreten. Mit Hochschulabschluss sind es 41,1 Prozent. Bei Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung ist der Anteil deutlich geringer, aber auch von ihnen erhalten 27,6 Prozent zunächst nur eine befristete Stelle.

In einigen Berufen sind befristete Einstellungen besonders häufig: So sind Beschäftigte in darstellenden und unterhaltenden Berufen in mehr als neun von zehn Fällen betroffen. Das Gleiche gilt für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Sehr niedrige und zudem seit einigen Jahren rückläufige Befristungsquoten finden sich dagegen mit 12,7 Prozent in den Hoch- und Tiefbauberufen sowie Ausbauberufen. Auch bei den häufig gering entlohn-

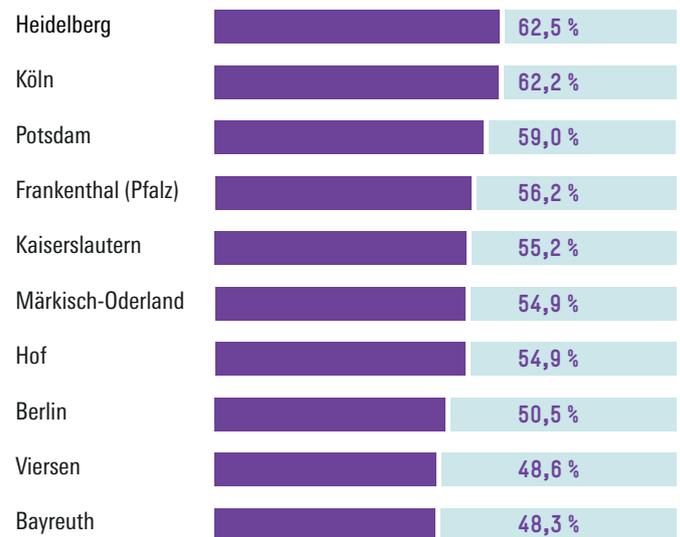
ten Arzt- und Praxishilfen wird mit 11,6 Prozent nur noch in geringem Umfang befristet eingestellt.

Junge und Ältere am stärksten betroffen

Jüngere Beschäftigte sind nach wie vor überdurchschnittlich von Befristungen betroffen. So erhielten von den Neueingestellten unter 25 Jahren rund 48,4 Prozent nur einen befristeten Arbeitsvertrag, bei den 25- bis 54-Jährigen waren es rund 35,1 Prozent. Bei den Neueinstellungen der 55- bis unter 65-Jährigen sinkt der Anteil knapp unter ein Drit-

Am häufigsten befristet in Heidelberg und Köln

Von allen neuen Arbeitsverträgen sind befristet in ...



Landkreise und kreisfreie Städte, 4. Quartal 2023
Quelle: Seils, Emmler 2024

Hans Böckler
Stiftung

tel, um dann im Rentenalter wieder stark anzusteigen: Mehr als die Hälfte aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse von Menschen im Rentenalter waren 2023 befristet. Die Bundesregierung plant in ihrer jüngst veröffentlichten Wachstumsinitiative, die befristete Einstellung Älterer zu erleichtern. Es bestehe jedoch kein Anlass, die geltenden Regeln zu ändern, so WSI-Forscher Seils. Wenn Betriebe von den Erfahrungen und Fähigkeiten dieser Altersgruppe profitieren wollten, liege es an ihnen, attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen. <

Quelle: Eric Seils, Helge Emmler: Befristete Einstellungen – In der Stagnation, WSI Policy Brief Nr. 85, Oktober 2024 [Link zur Studie](#)

Mehr Technik heißt nicht weniger Arbeit

Digitalisierung im Gesundheitswesen kann nur funktionieren, wenn die Beschäftigten im Mittelpunkt stehen.

Digitale Technologien verändern die Arbeit im Gesundheitswesen. Sie können die Beschäftigten entlasten, aber auch zusätzliche Belastungen mit sich bringen. Entscheidend ist, wie die Nutzerinnen und Nutzer einbezogen und geschult werden. Das zeigt eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie eines Forschungsteams der Ruhr-Universität Bochum und der FU Berlin in Zusammenarbeit mit der Berliner Charité. Die Forscherinnen und Forscher haben untersucht, wie sich der Einsatz digitaler Technologien auf die Arbeitsabläufe und Arbeitsbedingungen auswirkt. Grundlage waren Interviews mit Beschäftigten und Beobachtungen. Betrachtet wurden digitale Technologien in zwei Bereichen: zum einen eine Dokumentationssoftware, die auf Intensivstationen eingesetzt wird, zum anderen algorithmenbasierte Entscheidungshilfen in der Krebsdiagnostik.

„Die digitale Transformation im Gesundheitswesen ist keine nebensächliche Aufgabe, sondern eine zentrale strategische Herausforderung“, schreiben die Forschenden. „Es müssen gezielt finanzielle und zeitliche Ressourcen in die Entwicklung von Technologien und organisatorischen Rahmenbedingungen investiert werden, die die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und die Qualität der Patientenversorgung verbessern.“ Das medizinische Personal sei Neuerungen gegenüber durchaus aufgeschlossen. Kritisch betrachteten sie jedoch, dass neue Systeme, wenn schlecht umgesetzt, bestehende Arbeitsabläufe erschweren, Aufgaben unnötig verlängern und doppelte Arbeit verursachen können. „Die Studie zeigt eines sehr klar“, erklärt Christina Schildmann, Leiterin der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung: „Digitale Informationssysteme, die eigentlich die Arbeit erleichtern sollen, können zu einer erheblichen Belastung für das medizinische Personal werden. Das zu verhindern gelingt nur, wenn ihr Einsatz von Anfang an mit dem Personal auf den Stationen abgestimmt und durch die Interessenvertretung mitbestimmt wird.“

Datenflut auf der Intensivstation

Auf der Intensivstation der Charité ist das Critical Care Information System (CCIS) allgegenwärtig. Dabei handelt es sich um ein Softwaresystem, das das Personal bei der Verwaltung komplexer klinischer Daten und bei der datengestützten Entscheidungsfindung unterstützen soll. Es kommt bei verschiedenen Tätigkeiten rund um Diagnose, Behandlung und Medikation zum Einsatz und wird damit als Basis für die Abrechnung, das Qualitätsmanagement und die Forschung verwendet. Die Notwendigkeit einer entsprechenden Software wird von den Beschäftigten nicht infrage gestellt, da sie vie-

le für die tägliche Arbeit notwendige Funktionen bereitstellt. Allerdings scheint die Benutzerfreundlichkeit verbesserungswürdig zu sein. Einige Aufgaben erfordern zu viele Klicks und damit zu viel Zeit. Außerdem werden auf manchen Seiten nicht alle relevanten Informationen angezeigt, so dass diese in einem anderen System gesucht oder versteckte Datenfelder entdeckt werden müssen. Aufgrund von Unterbrechungen und Zeitmangel wird teilweise auf Papiernotizen zurückgegriffen, die später in das CCIS übertragen werden, was eine mögliche Fehlerquelle darstellt. Die zur Verfügung gestellten Selbstlernprogramme empfinden die Beschäftigten in Teilen als zu anspruchsvoll. Zudem wissen sie oft nicht, dass es dieses Schulungsmaterial gibt, oder geben an, dass sie während ihrer Schicht keine Zeit hätten, sich damit zu beschäftigen.

„Die umfangreichen Anforderungen von Systemen wie CCIS haben sich als erhebliche Belastung für das medizinische Personal erwiesen“, so die Studie. Diese werde durch die eingeschränkte Kompatibilität zwischen verschiedenen Systemen und technischen Geräten noch verstärkt.

KI in der Krebserkennung

In einer zweiten Fallstudie untersuchten die Forschenden die Einführung eines algorithmenbasierten Entscheidungsunterstützungssystems, das bei der Auswertung von MRT-Bildern zur Diagnose von Prostatakrebs hilft. Durch den Einsatz der Software hat sich die diagnostische Genauigkeit erheblich verbessert. Insbesondere weniger erfahrene Ärzte und Ärztinnen aus den Bereichen Radiologie und Urologie schätzen den digitalen Assistenten als Orientierungshilfe. Radiologinnen berichten, dass sich die Software leicht in ihre Arbeit integrieren lässt. Urologen sehen die algorithmenbasierte Analyse als wertvolle Ergänzung zu invasiven Biopsieverfahren, betonen aber auch die Notwendigkeit einer kontinuierlichen wissenschaftlichen Überprüfung. Insgesamt zeigt das Beispiel, wie eine neue Technologie sowohl die Arbeit erleichtern als auch dem Wohl der Patienten und Patientinnen dienen kann.

Damit digitale Technologien die Arbeit in Gesundheitsberufen wirklich unterstützen und nicht behindern, müsse die Nutzerfreundlichkeit im Vordergrund stehen, so die Forschenden. Möglichkeiten des Feedbacks sowie die Mitbestimmung durch eine Interessenvertretung der Beschäftigten seien von entscheidender Bedeutung. Zudem müssten die Beschäftigten wissen, wie sie das System effektiv und fachgerecht nutzen können. Dazu seien mehr Weiterbildungsangebote notwendig. <

Quelle: Pauline Kuss u. a.: Algorithms and Agency in Hospitals, Working Paper der HBS-Forschungsförderung Nr. 349, August 2024 [Link zur Studie](#)



Mindestlohn entfaltet breite Wirkung

Der Mindestlohn hat die Einkommen der Beschäftigten deutlich erhöht – vor allem in Ostdeutschland. Die regionalen Lohnunterschiede haben sich verringert.

Von der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns haben Menschen mit niedrigem Einkommen besonders profitiert, die Effekte reichen aber auch bis in die Mitte der Verteilung. In Ostdeutschland sind die Zuwächse am größten, wie eine Studie von Toralf Pusch vom WSI zeigt. „Der Mindestlohn hat wesentlich dazu beigetragen, Lohnungleichheiten in verschiedenen Regionen Deutschlands zu verringern“, erklärt Pusch, der auf der Basis der aktuellsten vorliegenden amtlichen Daten die Entwicklung bis 2018 untersuchen konnte.

Der WSI-Forscher hat erstmals Mindestlohneffekte sowohl für das individuelle Einkommen als auch für das bedarfsgewichtete Brutto- und Haushaltsnettoeinkommen berechnet. Grundlage waren die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe der Jahre 2008, 2013 und 2018. Diese enthält sehr detaillierte und im Vergleich zu anderen Erhebungen umfassende Daten zur Einkommenssituation von rund 42 000 Haushalten in Deutschland.

Während die Lohnentwicklung im unteren Einkommensbereich zwischen 2008 und 2013 nahezu stagnierte, gab es nach der Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 deutliche Zuwächse. Besonders eindrucksvoll zeigte sich dies in Ostdeutschland: Im Zeitraum von 2013 bis 2018 stiegen die individuellen Einkommen aus Löhnen der unteren 30 Prozent der Verteilung hier um durchschnittlich gut 21 Prozent, im Westen um rund 12 Prozent.

Dass das Plus in Ostdeutschland höher ausfiel, liegt daran, dass dort mehr Menschen im Niedriglohnsektor arbeiten als in Westdeutschland. Und je niedriger die Einkommen, desto höher waren die Zuwächse: So stiegen beispielsweise die Lohneinkommen von ostdeutschen Beschäftigten mit einem Monatsverdienst von knapp 1300 Euro bis 2018 preisbereinigt um durchschnittlich gut 31 Prozent. Der klare Anstieg bei den Monateinkommen entkräftet auch die Sorge mancher Mindestlohn-kritischer Fachleute, Arbeitgeber könnten nach Einführung der Lohnuntergrenze im Gegenzug die Stundenzahl von Beschäftigten im Mindestlohnbereich reduzieren.

Auch die Einkommen der Menschen mit relativ hohen Einkommen stiegen, allerdings weniger stark: Zwischen 2013 und 2018 betrug der Anstieg bei den oberen 30 Prozent der Verteilung im Osten durchschnittlich rund 14 Prozent und im Westen 11 Prozent.

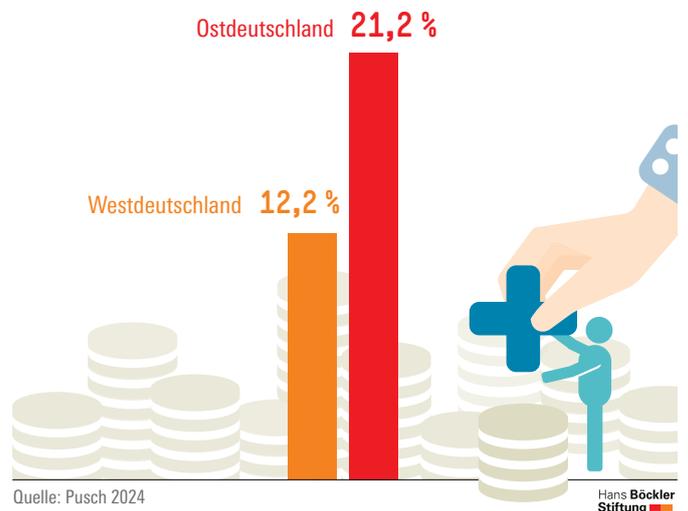
Steigerungen bis in die Mitte

Neben den Auswirkungen des Mindestlohns auf die individuellen Einkommen hat Pusch auch die Haushaltseinkommen untersucht, sowohl brutto als auch netto. Dazu zählen neben Löhnen auch Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Sozialleistungen, Kapitaleinkommen und bei Wohneigentümern Mieten. Einige dieser Kategorien dürften vom Mindestlohn kaum betroffen sein. Bei Haushalten, die So-

zialleistungen wie das Bürgergeld beziehen, wäre es sogar möglich, dass zusätzliches Lohneinkommen auf die Sozialleistungen angerechnet wird. In diesem Fall hätten diese Haushalte unter dem Strich einen deutlich geringeren Einkommenszuwachs. Die Ergebnisse der Studie bestätigen dies jedoch nicht. Auch für Personen im ersten Dezil der Verteilung, also mit sehr niedrigen Einkommen, sind die Bruttohaushaltseinkommen nach Einführung des Mindestlohns gestiegen – in Ostdeutschland um rund 22 Pro-

Mindestlohn: Deutliches Plus für Geringverdienende

So stark stiegen die Einkommen der unteren 30 Prozent der Verteilung zwischen 2013 und 2018 in ...



zent, in Westdeutschland um rund 11 Prozent. Deutliche mindestlohnbedingte Steigerungen der Bruttohaushaltseinkommen finden sich bis in die Mitte der Verteilung. Bei den Nettohaushaltseinkommen sind die prozentualen Zuwächse durch den Mindestlohn ähnlich.

„Die Wirkung des Mindestlohns ist aber natürlich kein Selbstläufer. Wenn es nur Mini-Erhöhungen gibt, wie in diesem Jahr und für das kommende Jahr vorgesehen, schwächt das den positiven Effekt“, sagt Bettina Kohlrausch, die wissenschaftliche Direktorin des WSI. Deutlich stärkere Anhebungen und eine Orientierung an den Referenzwerten der EU-Mindestlohnrichtlinie, die für einen angemessenen Mindestlohn unter anderem mindestens 60 Prozent des Medianlohns nennt, seien ebenso notwendig wie eine wirksame Stärkung der Tarifbindung, wie sie auch die EU fordert. <

Quelle: Toralf Pusch: Effects of the German minimum wage on wages and household income, Journal of Economics and Statistics, Juli 2024; ders.: Einkommenseffekte des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland reichen bis in die Mitte der Verteilung, WSI Policy Brief Nr. 82, August 2024 [Link zur Studie 1](#) [Link zur Studie 2](#)

Wirtschaftspolitische Zeitenwende nötig

Die deutsche Wirtschaft tritt auf der Stelle. Damit sie wieder in die Gänge kommt, muss der Staat kräftig investieren.

Die deutsche Konjunktur kann sich in diesem Jahr nicht aus der Stagnation lösen. Das liegt an einer verhaltenen Nachfrage aus dem Ausland, einer restriktiven und unsteten Fiskalpolitik der Bundesregierung und an einer trotz erster Zinssenkungen nach wie vor zu straffen Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wird in diesem Jahr im Schnitt 0 Prozent betragen, 2025 immerhin 0,7 Prozent – vor allem, weil positive Impulse durch weiter steigende Nominallöhne und abnehmende Inflation den privaten Konsum wieder in Schwung bringen. Zu diesem Ergebnis kommt das IMK in seiner aktuellen Konjunkturprognose.

Die insgesamt schleppende Wirtschaftsentwicklung drückt laut der Prognose mittlerweile auf die Arbeitsmarktentwicklung. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt zwar in diesem Jahr um durchschnittlich 0,4 Prozent zu, 2025 aber nur noch um 0,1 Prozent. Gleichzeitig steigt allerdings auch die Arbeitslosigkeit im Jahresmittel 2024 um gut 160 000 Personen und 2025 um weitere gut 60 000. Die Arbeitslosenquote beträgt 6,0 Prozent und 6,1 Prozent – nach 5,7 Prozent 2023. Die Inflationsrate wird im Jahresdurchschnitt 2024 mit 2,3 Prozent wieder dem Inflationsziel der EZB nahekommen und es mit 2,0 Prozent im Jahresmittel 2025 erreichen.

Die deutsche Wirtschaftsleistung wird damit Ende 2024 auf ähnlichem Niveau liegen wie fünf Jahre zuvor. Die hartnäckige Flaute sei auch ein Symptom veränderter weltwirtschaftlicher Gegebenheiten, auf die die Wirtschaftspolitik reagieren müsse, so die IMK-Forschenden. „In der Vergangenheit hat sich die deutsche Wirtschaft meist über den Export aus der Wirtschaftsflaute gezogen“, schreiben sie. Dafür stünden die Chancen derzeit allerdings schlecht, was nicht nur an einer nur moderaten weltwirtschaftlichen Dynamik und nach wie vor relativ hohen Energiepreisen liege. Weitere Hindernisse seien die forsche Industriepolitik der wichtigen Handelspartner China und USA mit dem Ziel, die Produktion im eigenen

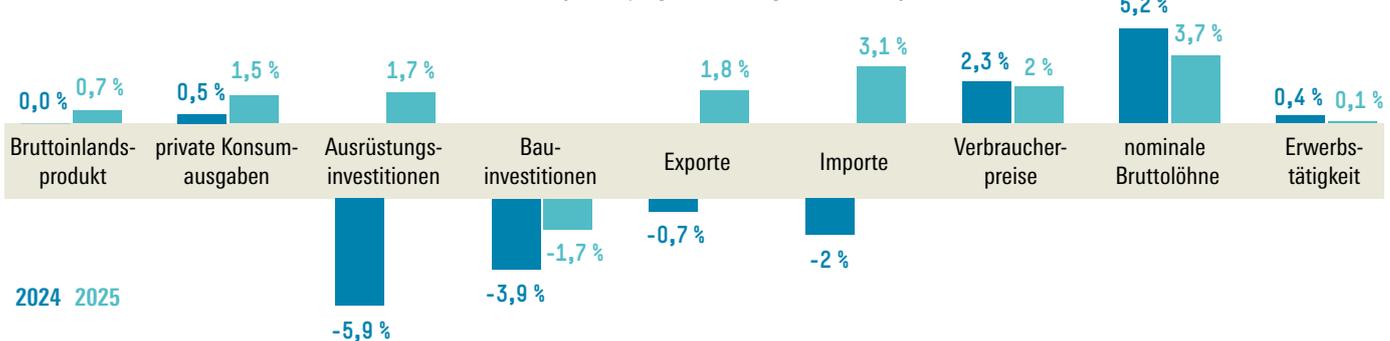
Land zu stärken und auszubauen, sowie die Tendenzen verschiedener Länder, Importe durch Zölle zu verteuern.

„In dieser Situation bräuchten wir in Deutschland eine wirtschaftspolitische Zeitenwende mit umfangreichen und kontinuierlichen Investitionen unter anderem in erneuerbare Energien, Netze, Verkehrsinfrastruktur und Bildung“, erklärt IMK-Direktor Sebastian Dullien. Das IMK beziffert die notwendigen zusätzlichen Investitionen allein des Staates zusammen mit dem Institut der Deutschen Wirtschaft auf 600 Milliarden Euro in den kommenden zehn Jahren. In der Wachstumsinitiative der Bundesregierung stehe dazu und zur Anregung privater Investitionen aber wenig Konkretes mit Ausnahme der erhöhten degressiven Abschreibung. „Diese mag die Investitionsbereitschaft einiger Unternehmen erhöhen. Die erforderlichen privaten Investitionen in Höhe von mehreren Hundert Milliarden Euro in den kommenden Jahren werden aber nur erfolgen, wenn der Staat begleitend die Infrastruktur erneuert und dadurch die Planungssicherheit und Absatzperspektiven verbessert“, warnt das IMK.

Andere Maßnahmen der Wachstumsinitiative, die darauf abzielen, das Arbeitsangebot im demografischen Wandel zu stabilisieren, seien teilweise sinnvoll, würden aber kurzfristig kaum nennenswerte Wirkung zeigen. Die ebenfalls geplante steuerliche Begünstigung von Zuschlägen für Mehrarbeit lehnen die Ökonominen und Ökonomen als „Geldverschwendung“ ab, weil sie vor allem Fehlanreize für teure Mitnahmeeffekte setze. Zaghafte Prägung präge nicht nur die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, sondern auch die Positionen der Opposition, insbesondere hinsichtlich der wachstumsschädlichen Schuldenbremse, sagt Wirtschaftsforscher Dullien. Hinzu kämen Unzulänglichkeiten bei der Reform der EU-Fiskalregeln. Diese sollte nach dem Willen der EU-Kommission eigentlich das Investitionspotenzial vergrößern, stattdessen dürfte sie nun Spielräume für öffentliche Investitionen unnötig einschränken. <

Quelle: Sebastian Dullien u. a.: Wirtschaftsflaute dauert an. Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2024/2025, IMK Report Nr. 192, September 2024 [Link zur Studie](#)

Flaes Wachstum So entwickeln sich laut IMK-Konjunkturprognose im Vergleich zum Vorjahr ...



Quelle: IMK 2024

Hans Böckler Stiftung

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin; Rainer Jung, Leiter Öffentlichkeitsarbeit der Hans-Böckler-Stiftung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann, Katja Wolf

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-230

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls. Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de.

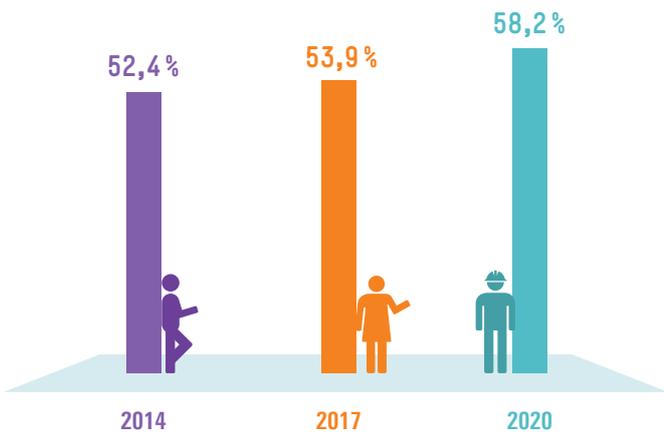
Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen: www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter: www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

HANDWERK

Junge bleiben etwas öfter im Betrieb

In ihrem Ausbildungsbetrieb arbeiteten zwölf Monate nach dem Abschluss in einem Handwerksberuf im Jahr ...



Quelle: IAB, September 2024 [Link zur Studie](#)

STUDIUM

Wirtschaft und Recht am beliebtesten

Von den Hochschulabschlüssen im Jahr 2023 entfielen auf ...

Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	41%
Ingenieurwissenschaften	26%
Mathematik und Naturwissenschaften	11%
Geisteswissenschaften	9%
Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften	7%
übrige Fächer	6%

Quelle: Destatis, September 2024 [Link zur Studie](#)

MOBILITÄT

Deutschlandticket wirkt

Rund sechs Prozent mehr Fahrgäste waren im ersten Halbjahr 2024 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mit Bussen und Bahnen unterwegs. Laut Statistischem Bundesamt dürfte dafür unter anderem das zum 1. Mai 2023 eingeführte 49-Euro-Ticket verantwortlich sein. Besonders stark war der Anstieg mit zwölf Prozent im Eisenbahnnahverkehr, während das Fahrgastaufkommen im Bahnfernverkehr um fünf Prozent sank. <

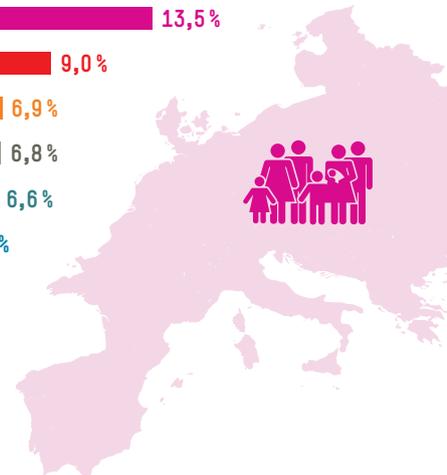
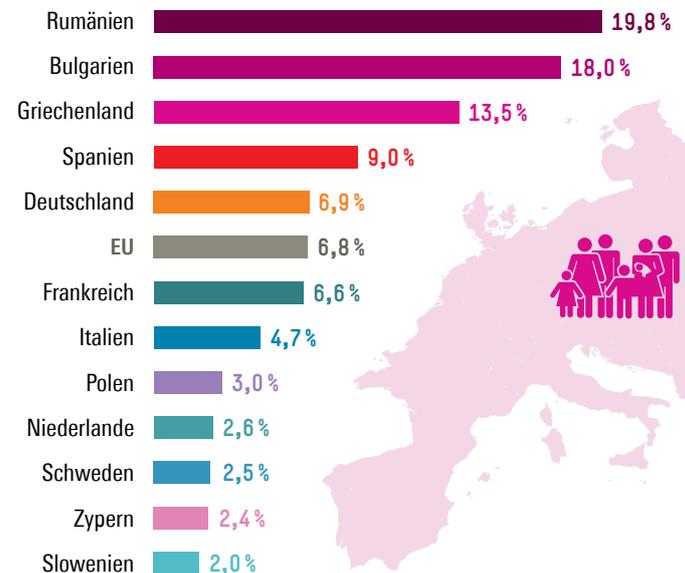


Quelle: Destatis, September 2024 [Link zur Studie](#)

ARMUT

Südosteuropa in Not

Von schweren materiellen und sozialen Entbehrungen waren 2023 betroffen in ...



Quelle: Eurostat, September 2024 [Link zur Studie](#)